



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

PRESSEMITTEILUNG

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Bearbeiterin
Gudrun Heute-Bluhm

E gudrun.heute-bluhm@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-20
F 0711 22921-42

Az 461 - P 219/2015 · GV/A

22.05.2015

Mitgliedstädte des Städtetags Baden-Württemberg stark vom Kita-Streik betroffen.

Stuttgart. Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt die Entscheidung der Gewerkschaft, den Streik in den sädtischen Kindertageseinrichtungen über die Pfingstferien auszusetzen. Dies sollte auch allen Beteiligten Gelegenheit geben, nach einer zukunftsfähigen Lösung zu suchen und Eltern und Kindern weitere streikbedingte Belastungen zu ersparen.

Der Städtetag hat dieser Tage eine Eilumfrage bei den Großstädten und Großen Kreisstädten im Land zum aktuellen Kita-Streik und dem Tarifkonflikt im Sozial- und Erziehungsdienst durchgeführt.

An der Umfrage haben sich 55 Städte mit insgesamt 886 städtischen Kindertageseinrichtungen beteiligt. 528 dieser Kindertageseinrichtungen waren zum Stichtag 19. Mai 2015 vom Streik betroffen. „Die Betroffenheit ist zum Teil sehr unterschiedlich. In einigen Städten wurden zwischenzeitlich bereits alle kommunalen Einrichtungen bestreikt“, erläutert das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, Gudrun Heute-Bluhm. Seit Beginn der Tarifverhandlungen gab es bereits an neun Tagen Warnstreiks, ab dem 8. Mai 2015 lief der Streik unbefristet und sollte ursprünglich auch nach Pfingsten fortgesetzt werden.

Die kommunalen Arbeitgeber haben in den vergangenen Jahren bei der Einstufung und Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst zugelegt und dadurch ihre Wertschätzung für den Beruf und seine gestiegenen Anforderungen gezeigt.

Vielen Beteiligten, insbesondere auch den betroffenen Familien ist offenbar nicht klar, dass die Berufsgruppe der Erzie-

her/-innen in den vergangenen Jahren durch eine Erweiterung der verschiedenen Tarifgruppen und Investitionen in ein neues Ausbildungsmodell für die Erziehungsberufe bereits substantielle Einkommensverbesserungen erreicht hatte. So bewegen sich die Gehälter derzeit zwischen 2.590 Euro für Erzieher/-innen ohne Berufserfahrung und 4.750 € für Leitungskräfte. Insgesamt sind die Gehälter für die nach 2005 eingestellten Erzieherinnen und Erzieher um bis zu 33 Prozent gestiegen. Mit einer Fortsetzung des Streiks würde diese enorme Kraftanstrengung der vergangenen Jahre vollkommen ignoriert. „Neben diesen Einkommensverbesserungen werden in den meisten Städten beispielsweise auf freiwilliger Basis zudem auch Leitungsstunden finanziert, also eine Freistellung vom Gruppendienst zu Gunsten der Leitung einer Kita“, ergänzt Gudrun Heute-Bluhm. „Bei der Suche nach einer Lösung im festgefahrenen Tarifkonflikt müssen die kommunalen Arbeitgeber aber auch auf die Ausgewogenheit mit den übrigen Bereichen des öffentlichen Dienstes achten“, so Gudrun Heute-Bluhm weiter.

„In den laufenden Verhandlungen sind weitere konkrete Verbesserungen angeboten worden. Gehaltssprünge von durchschnittlich zehn Prozent, wie sie von der Gewerkschaft Verdi gefordert werden, sind aus dem Stand von den Kommunen nicht finanzierbar.“ sagt Gudrun Heute-Bluhm. Um eine Lohnverbesserung zu erreichen, muss nach Überzeugung des Städtetags zunächst über die Ausbildungsanforderungen und das Berufsbild der Erzieher und Erzieherinnen diskutiert werden. In Bereichen, in denen sich Veränderungen ergeben haben und die Anforderungen gestiegen sind, wollen die kommunalen Arbeitgeber außerdem ohnehin Anpassungen vornehmen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Inklusion, Integration und Sprachförderung. Bei diesen sogenannten schwierigen fachlichen Tätigkeiten, für die zusätzliche Kompetenzen gefordert sind, ist eine höhere Eingruppierung auch im Vergleich fachlich vertretbar. Eine pauschale Aufwertung im Erziehungsdienst und der Sozialpädagogik, wie es die Gewerkschaft fordert, hält der Städtetag dagegen für den eindeutig falschen Weg, der zu Verwerfungen in anderen Bereichen führen würde, so die Hauptgeschäftsführerin Gudrun Heute-Bluhm. „Zum einen wäre mit solch hohen Lohnsteigerungen eine erhebliche Kostenbelastung für die Kommunen verbunden, zudem würden sie das Tarifgefüge sprengen.“